

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesche, sehr geehrter Herr Grunwald, wir beschließen heute über den Haushalt des Jahres 2021 und das tun wir zu einem Zeitpunkt, zu dem das Jahr bereits zwei Monate alt ist. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten Jahren ein Haushalt einmal so verspätet beschlossen wurde.

Der Grund für diese Verspätung und auch dafür, dass politisches Leben in Recklinghausen seit Monaten quasi nicht stattfindet, ist das Corona-Virus, das die Welt und auch unsere Stadt in dem vergangenen letzten Jahr verändert hat.

Über 4100 Menschen haben sich in Recklinghausen bislang nachweislich mit dem Virus infiziert, fast 170 (Stand: 17.02.2021) haben ihr Leben verloren. Viele weitere Menschen, egal ob alt oder jung, müssen jeden Tag mit den Folgen der Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus klarkommen: Kaum oder gar keinen Kontakt zu Freunden und Familie, Alltag und Homeschooling vereinbaren oder die Sorge um Einkommen, Arbeitsplatz und Existenz. Die allermeisten Menschen tragen diese Maßnahmen weiterhin mit und zeigen sich solidarisch mit denen, für die Covid-19 am gefährlichsten ist. Leider gibt es natürlich auch diejenigen, die diese Pandemie leugnen, die Presse als Lügenpresse bezeichnen und zu einem Club der Faschisten und Rechtspopulisten gehören und FakeNews verbreiten. Damit meine ich auch die Vertreter, die hier im Rat sind. Die sollten sich Schämen!

Besonderen Einsatz zeigen in dieser Pandemie alle diejenigen, die in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen für die Menschen da sind. Sie gehen dabei an ihre Grenzen und darüber hinaus. Sie tun das, obwohl die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, schon vor der Pandemie häufig unzumutbar waren. Die Berichte von Dauerstress und Überlastung von Beschäftigten im Gesundheitssystem haben sich auch ohne Corona-Virus schon gehäuft. Toll das einige geklatscht haben. Doch klatschen reicht nicht. Gesundheitsvor- und Fürsorge gehören zur Daseinsvorsorge. DIE LINKE macht sich seit Jahren dafür stark, dass Kliniken so organisiert werden, dass sie die Gesundheit ihrer Patientinnen und Patienten fördern ohne die Beschäftigten krank zu machen. Gesundheit darf keine Ware und kein Renditeobjekt sein – Pflegerinnen und Pfleger müssen wieder mehr sein als bloße Kostenfaktoren in einer betriebswirtschaftlichen Krankenhausrechnung, die man möglichst klein halten muss. Gesundheit ist keine Ware, die sich nicht vornehmlich rechnen soll, sondern muss Menschen gesund machen.

Auch auf die kommunale Demokratie hat Corona Auswirkungen. Seit Monaten fallen die meisten Sitzungen von Rat und Ausschüssen aus. Der Rat, der im letzten Jahr neu gewählt wurde, ist aufgrund dieser Maßnahmen im Grunde nicht handlungsfähig. Öffentliche

Diskussionen und transparente Beschlüsse zu politischen Themen finden kaum noch statt. Auch die übliche Haushaltsdebatte, die wir ansonsten nutzen, um über unsere Positionen und Überlegungen zu den finanziellen Leitplanken des Jahres zu debattieren, fällt in diesem Jahr aus. Das alles ist nicht gut für die politische Kultur in dieser Stadt. Auch dieser Redebeitrag kann nicht vorgetragen werden, sondern kann nur nachgelesen werden und wird als PDF-Dokument im Internet der Stadt Recklinghausen stehen.

Am härtesten getroffen werden aber wieder einmal diejenigen Menschen sein, die es ohnehin schon schwer haben in unserer Gesellschaft. In Recklinghausen lebt mehr als jedes vierte Kind unter 18 von Hartz IV.

Die Kette **-Arme Eltern haben arme Kinder und werden arme Eltern** muss durchbrochen werden. Hartz IV- Armut bedeutet in normalen Zeiten schon ein Leben voller Entbehrungen, das viel zu häufig geprägt ist von der Erfahrung, nicht dazugehören zu können.

Wollen Sie sich vorstellen, wie das Leben dieser Kinder und ihrer Familien in der Pandemie aussehen muss? In einer kleinen Wohnung zu sitzen, keine Freunde mehr treffen zu dürfen und dann noch im Homeschooling etwas lernen zu sollen?

Wenn überhaupt ein tauglicher Computer vorhanden ist, muss man sich diesen vielleicht noch mit den Geschwistern teilen. Die Verschärfung der sozialen Ungleichheit in Recklinghausen ist als Folge der Pandemie vorprogrammiert. Und anstatt schnell und konsequent zu helfen, erstickt die Verwaltung jeden Ansatz zur Hilfe in ausufernder Bürokratie und schafft es nach einem Jahr immer noch nicht, denen, die es wirklich brauchen, vernünftig unter die Arme zu greifen. Dass jetzt noch falsche Geräte geliefert wurden, die für die Teilhabe am digitalen Unterricht überhaupt nicht geeignet sind, setzt diesem Komplettversagen die Krone auf.

DIE LINKE hat bereits vor Monaten beantragt, dass ein **Beirat gegen Kinderarmut** ins Leben gerufen wird, in dem sich Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachrichtungen und Lokalpolitik mit der Kinderarmut in Recklinghausen und der Bewältigung ihrer Folgen befasst. Es wäre längst notwendig zu handeln. Leider muss man den Eindruck gewinnen, dass auch diese Initiative von der Verwaltung ausgebremst wird wo es nur geht. Die Stadtspitze verfährt weiter nach dem Prinzip „Nichts hören, nichts sehen, nicht handeln“ und verkennt dabei vollkommen, dass uns eine ganze Generation in Recklinghausen verloren geht. Die sozialen und gesellschaftlichen Kosten für diese Ignoranz zahlen wir alle. Dass sich die Armutsverhältnisse gerade in Recklinghausen – Süd manifestieren zeigen die unterschiedlichen Statistiken der letzten Jahre.

In dem vorgelegten Haushalt entdecke ich nichts, was dafür spricht, dass die Verwaltung den Ernst der Lage erkannt hat. Im Gegenteil: Wer in dieser Situation noch bei dem Budget für Kinderspielplätze sparen und die knappen Mittel weiter kürzen möchte, der hat einfach nicht verstanden, worauf es jetzt ankommt. Die Bekämpfung der Armut ist eine Querschnittsaufgabe, die alle politischen Gremien beschäftigen sollte und nicht in einem Ausschuss zu verorten ist.

Das zweite Thema, das in Recklinghausen mehr mit Aktionismus und weniger mit sinnvoller Politik behandelt wird, ist der Klimaschutz.

Im Wahlkampf konnte es dem Bürgermeister gar nicht schnell genug gehen, wenn mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen die Entschlossenheit im Kampf gegen den Klimawandel demonstriert werden sollte. Am besten sollte jeden Tag eine neue Fahrradstraße eingeweiht und eine Blumenwiese gepflanzt werden – selbstverständlich begleitet durch einen Pressebericht mit Foto. Der Medienexperte Hermann Böckmann, ehemaliger Redaktionsleiter der Recklinghäuser Zeitung, war der Überbringer der Klimawohltaten des Bürgermeisters in den „sozialen Netzwerken“. Manchmal mehr Schein als sein.

Seit der Wahl muss man feststellen, dass es still geworden ist um das Thema Klima in dieser Stadt. Wenn man mal von dem Fontänenfeld auf dem Marktplatz absieht – z.Z. sieht die Baustelle aus, als wenn dort ein Schwimmbad entsteht. Außerdem ist nicht klar, ob es tatsächlich den gewünschten positiven Effekt auf das Raumklima hat oder nicht doch eher durch die Hintertür nur eine Marketingaktion der Wirtschaftsförderung sein soll – die mobilen Bäume lassen grüßen.

Aber es geht ja noch weiter: Als wäre es nicht schon schlimm genug, dass man viel zu wenig unternimmt, damit die Stadt auch in Zukunft lebenswert bleibt, gibt es jetzt sogar Überlegungen Wohnungen an Orten zu bauen, von denen nicht einmal zweifelsfrei klar ist, dass sich dort ohne Gesundheitsgefährdung leben lässt. Die städtische Wohnungsgesellschaft will doch ernsthaft an dem Bauprojekt am Becklemer Weg festhalten, obwohl es dort zahlreiche Hinweise von engagierten Nachbarn gibt, dass der Boden dort und das Grundwasser schwer mit giftigen Stoffen belastet ist.

Wann fangen Sie an, diese Bedenken endlich ernst zu nehmen, Herr Höving? Oder sieht Ihre Strategie vor, die Sache auszusetzen bis Fakten geschaffen sind, die sich so einfach nicht mehr rückgängig machen lassen?

Damit wir uns nicht falsch verstehen: DIE LINKE ist nach wie vor die politische Kraft in diesem Stadtrat, die überzeugt für die Schaffung von barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen eintritt. Und dass die städtische Wohnungsgesellschaft eine größere Rolle spielen muss, ist schon lange unsere Forderung. Aber man muss es auch richtig machen

und nicht stur an Projekten festhalten, die man besser längst beendet hätte. Das ist der Punkt, den diese Stadtverwaltung noch verstehen muss.

Sehr geehrter Herr Grunwald, Sie legen dem Rat den Entwurf eines ausgeglichenen Haushalts für das Jahr 2021 vor. Dass Ihnen das gelingt, ist einem Trick geschuldet, den Ihnen die Landesregierung ermöglicht hat. Die Fehlbeträge und Einnahmeausfälle, die durch die wirtschaftliche Krise verursacht werden, können Sie zusammenfassen und in gleicher Höhe fiktiv als „außerordentliche Erträge“ gegenbuchen. So werden die Auswirkungen der Pandemie rechnerisch neutralisiert. Damit werden die realen Folgen von Corona zwar auf den allerersten Blick ein wenig verschleiert, aber dieses Vorgehen hat immerhin zur Folge, dass die Kommunen handlungsfähig bleiben – eine grundsätzlich kluge Entscheidung, die zeigt, dass die Landesregierung aus den Nachwirkungen der Finanzkrise von 2008 ein bisschen gelernt hat. Gleichzeitig werden im Zuge der Pandemie Soforthilfen an Kommunen gewährt und die Möglichkeiten für kommunale Investitionen erweitert.

Ebenfalls eine Entscheidung, die wir begrüßen und die auch ohne das Virus überfällig war. Es ist klar, dass viele Städte in diesem Jahr völlig unverschuldet in eine finanzielle Schieflage geraten wären, wenn man ihnen nicht geholfen hätte. Doch wo ist eigentlich der Unterschied zu den Vorjahren?

Unsere Position war immer, dass eine Stadt wie Recklinghausen sicher nicht alles richtig gemacht hat, aber für ihre schlechte finanzielle Situation längst nicht allein verantwortlich ist. Wir haben immer gesagt: Diese Misere ist nicht hausgemacht, sondern hat im Wesentlichen strukturelle Ursachen. Anstatt das anzuerkennen, haben Sie alle jedes Jahr den Fehler gemacht und Sparpakete beschlossen, bis es gekracht hat. Wichtige Strukturen wurden zerschlagen und die kommen auch so schnell nicht mehr zurück. Dass wenigstens die SPD, die sonst jeden noch so schlechten Haushaltssparplan mitgetragen hat, jetzt von dieser Linie abrücken will, ist ein gutes Zeichen.

Was jetzt plötzlich möglich ist, hätte schon viel früher passieren müssen: Die Städte brauchen Geld – nicht um es zu verprassen, sondern um sinnvolle Investitionen zu tätigen. Investitionen in eine klimafreundliche Infrastruktur, in ein funktionierendes Sozialwesen und Angebote, damit eine Stadt wie Recklinghausen lebenswert für alle ist. Dazu gehören auch bezahlbare Wohnungen und ein vernünftiger bürgernaher öffentlicher Nahverkehr. Dazu gehört auch, den Individualverkehr aus der Innenstadt zurück zu drängen und Optionen eines kostenlosen ÖPNV zu ermöglichen.

Das alles schaffen wir als Stadt nicht allein, aber was wir beisteuern können ist der politische Wille auch gegenüber dem Kreis. Der politische Wille, Recklinghausen sozial und ökologisch

zu gestalten muss verstärkt werden. Bunte Fahrradständer am Wall tragen dazu nicht unbedingt bei.

Sehr geehrte Damen und Herren.

Der vorgelegte Haushalt signalisiert weder einen Aufbruch, noch eröffnet er die dringend benötigten politischen Gestaltungsspielräume. Mit uns ist diese Politik des Mittelmaßes nicht zu machen. Darum lehnen wir den vorgelegten Haushalt ab.

Wir treten weiter für ein weltoffenes, tolerantes und solidarisches Recklinghausen ein.

Wir positionieren uns klar gegen Hass und Hetze in dieser Stadt.

Es ist hübsch das ein Ausschuss mit dem Namen – Ausschuss für soziale Gerechtigkeit und Demographie – eingerichtet wurde. Doch sollte jedem klar sein, dass nicht der Name eines Ausschusses die Lebenssituation von Betroffenen in Recklinghausen ändert, sondern nur bemerkbare Konzepte und notwendige Handlungsstrategien wie z.B. einen aktiven Beirat gegen Kinderarmut in unserer Stadt zu bilden.